外国語

A

ドイツ語

早稲田大学大学院法学研究科

次の文章を日本語に訳しなさい。

(1)

Soweit Regelungen des Gesamtkonzeptes durch Verordnung getroffen werden, bedarf es hierzu einer den Anforderungen des Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG entsprechenden Verordnungsermächtigung. Diese Vorschrift stellt wiederum eine Konkretisierung des aus dem Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips folgenden Wesentlichkeitsgrundsatzes dar. Durch diesen soll u. a. gewährleistet werden, dass Entscheidungen von besonderer Tragweite aus einem Verfahren hervorgehen, das der Öffentlichkeit Gelegenheit bietet, ihre Auffassungen auszubilden und zu vertreten, und das die Volksvertretung dazu anhält, Notwendigkeit und Ausmaß von Grundrechtseingriffen in öffentlicher Debatte zu klären. In dem hier maßgeblichen Kontext stellt sich die Frage, welches Maß an Konkretheit zu fordern ist, damit eine entsprechende Ermächtigung Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG und damit zugleich dem verfassungsrechtlichen Wesentlichkeitsvorbehalt genügt.

※WEB掲載に際し、以下のとおり出典を追記しております。

Euer, Wolfgang. "Hoheitliche 'Bewirtschaftung' von grundrechtlichen Freiheiten zur Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Krisenlagen." *Verwaltungsrecht: Gestaltung - Steuerung - Kontrolle. Festschrift für Ulrich Ramsauer zum 75. Geburtstag*, edited by Brüning, Euer, Schlacke, and Tegethoff, C.H.BECK, 2023, p. 23

(2)

Herkömmlicherweise wird in der deutschen Rechtsordnung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht unterschieden. (中略)

Die Unterscheidung bestimmt über das anzuwendende materielle Recht und über die gerichtsverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten. Ist die Tätigkeit privatrechtlich zu qualifizieren, gelten das BGB oder die einschlägigen privatrechtlichen Sondergesetze. Handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit, sind das VwVfG oder die sonstigen einschlägigen Normen des öffentlichen Rechts anzuwenden. Eine genaue Trennung zwischen dem öffentlichen Recht und dem Privatrecht ist in der Praxis jedoch nicht immer gegeben. Mitunter kann ein Sachverhalt sowohl von privatrechtlichen als auch öffentlich-rechtlichen Vorschriften tangiert werden, so etwa ein Grundstückskaufvertrag, dessen Wirksamkeit in zahlreichen Fällen von einer staatlichen Genehmigung abhängt.

※ BGBとは、「Bürgerliches Gesetzbuch」の略称である。

※ VwVfGとは、「Verwaltungsverfahrensgesetz」の略称である。

※WEB掲載に際し、以下のとおり出典を追記しております。

Used with permission of Springer, from *Bürgerliches Recht: Eine Einführung in das Zivilrecht und die Grundzüge des Zivilprozessrechts* by Thomas Zerres, 7. Auflage, 2013, p.6, p.8; permission conveyed through Copyright Clearance Center, Inc.

外国語

B

ドイツ語

早稲田大学大学院法学研究科

(3)

Den berechtigten Interessen von Opfern ist in der Strafrechtstheorie mehr Gewicht einzuräumen. Die Notwendigkeit von Prävention durch staatliche Strafe wird umso schwieriger zu begründen, je näher Rechtsnormen bei moralischen Normen liegen, deren Geltung gut gesichert ist, und je mehr bei den Tätern trieb- und affektgesteuertes Verhalten zu erwarten ist. Verhaltensweisen, für die dies gilt (schwere Verletzungen der körperlichen Integrität, Sexualdelikte), sind typischerweise solche, bei denen opferorientierte expressive Ziele von besonderer Bedeutung sind. Durch die Verhängung einer Strafe sind erstens reaktive Emotionen aufzufangen, da es im Allgemeininteresse liegt, dass Opfer weder selbst Vergeltung üben noch sich enttäuscht zurückziehen. Zweitens haben Opfer nach einer Verletzung ihres Abwehrrechts gegen unrechtmäßige Eingriffe anderer einen Anspruch darauf, dass der Staat für den konkreten Fall die Trennlinie zwischen Recht und Unrecht bestätigt und präzisiert.

※WEB掲載に際し、以下のとおり出典を追記しております。

Hörnle, Tatjana. Strafrecht. 2nd ed., Mohr Siebeck, 2017, pp. 62-63.

(4)

Neben den allgemeinen Mitgliedsrechten bestehen zum Schutz von Kleinaktionären und Aktionärsminoritäten besondere unabdingbare Regelungen des Minderheitenschutzes. Eine Minderheit ist dadurch gekennzeichnet, dass sie dauerhaft und institutionell keinen Einfluss auf die Willensbildung in der Gesellschaft gewinnen kann. Sie unterliegt in ihren gesellschaftlichen Angelegenheiten der Mehrheitsmacht, was die Gefahr einer ständigen Missachtung und Ungleichbehandlung birgt und sie so als besonders schutzwürdig erscheinen lässt. Die Minderheitsrechte ergeben sich unmittelbar aus der Mitgliedschaft in der Gesellschaft und haben nur zum Teil eine gesetzliche Grundlage. Bedeutung gewinnt vor allem die gesellschaftliche Treuepflicht, welche die Aktionärsmehrheit sowie Vorstand und Aufsichtsrat bei der Beschlussfassung und sonstigen Maßnahmen zur angemessenen Rücksichtnahme auf die Interessen der davon unmittelbar und mittelbar betroffenen Minderheitsaktionäre verpflichtet.

※WEB掲載に際し、以下のとおり出典を追記しております。

Saenger, Ingo. Gesellschaftsrecht. 6th ed., Franz Vahlen GmbH, 2023, p. 320.

<https://www.beck-elibrary.de/de/10.15358/9783800669783/gesellschaftsrecht?page=1>.